



Martina Röder

Vorsitzende des geschäftsführenden
Vorstandes des Deutschen
Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

die Pflege im Heim wird immer teurer und teurer. Die selbst zu zahlenden Anteile für Pflegebedürftige und ihre Familien stiegen nochmals deutlich, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen mit Stand zum 1. Juli ergab. Im ersten Jahr im Heim waren demnach im bundesweiten Schnitt 2.548 Euro im Monat fällig – 348 Euro mehr als Mitte 2022. Ab Mitte 2023 fallen für Pflegebedürftige, die bis zu zwölf Monate im Pflegeheim versorgt werden, im Durchschnitt jeden Monat rund 2.700 Euro an. Ausschlaggebend dafür sind höhere Löhne für dringend benötigte Pflegekräfte, aber auch die Kosten für Unterkunft, Essen und Trinken. Und die Belastungen wachsen weiter.

Es braucht eine nachhaltige Lösung, nicht allein auf dem Rücken der Beitragszahler, fordert der Deutsche Pflegeverband und setzt sich für eine tiefgreifende Finanzreform ein. Denkbar wäre, dass die Länder die Investitionskosten der Heime übernehmen. Unter dem Motto „Pflege? Aber sicher!“ fordert ein breites Bündnis die Bundesregierung auf, die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung auszubauen. Eine solidarische Pflegevollversicherung würde alle pflegebedingten Kosten übernehmen – unabhängig davon, ob es sich um Pflege im eigenen Zuhause oder in einem Heim handelt. Pflege gehört wie die Gesundheitsversorgung zu einem modernen Sozialstaat und sollte abgesichert sein. Niemand, der Pflege braucht, sollte Armut fürchten müssen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Martina Röder

Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstandes



Wahlvorschläge erwünscht!

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Deutschen Pflegeverbandes e.V. (DPV) am 05.12.2023 finden die Wahlen zum Vorstand, zur/zum 1. Vorsitzenden und der Delegierten statt. Wahlvorschläge sind bis spätestens 25.09.2023 an den Wahlausschuss zu senden.

Detaillierte Informationen finden Sie auf den Seiten 3 und 8

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Service-Point Hamburg/Schleswig-Holstein neu besetzt
 - DPR: Heilkundeausübung muss kommen
- 3 • Ausschreibung: Wahl des Vorstandes und der Delegierten
 - Welt-Suizid-Präventionstag
- 4 • Aus den Bundesländern: Bayern, Hamburg, Hessen, Saarland, Thüringen
- 5 • Jubilare
- 6 • Meilenstein für die Profession Pflege in Baden-Württemberg
 - Pflegebevollmächtigte dankt Bewohnervertretungen
- 7 • Impressum
- 8 • Vorstands-, Vorsitz- und Delegiertenwahl 2023

Service-Point Hamburg/Schleswig-Holstein neu besetzt

(Neuwied) Der Service-Point Hamburg/Schleswig-Holstein wird ab sofort durch Birgit Andrea Schmidt aus Bad Bramstedt besetzt. Der Deutsche Pflegeverband e.V. hat sie als Vertretung in den Pflegerat Schleswig-Holstein und den Hamburger Pflegerat berufen. Sie wird dort die Positionen des Deutschen

Pflegeverbandes e.V. vertreten und aktiv mitarbeiten.

Birgit Andrea Schmidt wurde 1964 geboren, wohnt in Bad Bramstedt, ist gelernte Krankenschwester mit verschiedenen Qualifikationen und hat 2016 den Studiengang „Pflegemanagement“ mit dem akademischen Grad

„Dipl.-Pflegerin (FH) abgeschlossen. Seit 2009 ist sie im Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein tätig, zurzeit besetzt sie die Stabsstelle Qualitätsmanagement für den Träger.

dpv-online.de

DPR: Heilkundeausübung muss kommen

(Berlin) Die Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK) hat einen Beschluss zum Thema „Fachkräftebedarf im Gesundheitswesen sichern“ verabschiedet. Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), erkennt in diesem deutliche Lücken.

Der Beschluss der Länder zeigt trotz vieler wichtiger Punkte die mittlerweile vorherrschende Verzweiflung, die personell bedingte pflegerische Notlage zumindest einigermaßen zu sichern. Anstatt konsequent selbst zu handeln, verweisen die Länder auf den Bund und die Arbeitgeber. Solche Spielzüge können wir uns schon längst nicht mehr erlauben. Dem Beschluss fehlen wesentliche Punkte, um der Profession Pflege eine sinnvolle Perspektive für ihren Beruf zu geben.

Assistenz Ausbildung: Länder direkt in der Verantwortung

Die Länder weisen auf moderne und attraktive Berufsfelder hin und wollen diese „gegebenenfalls“ mit erweiterten Kompetenzen schaffen. Solche Einschränkungen sind völlig fehl am Platz. Die Heilkundeausübung muss kommen. Bund und Länder müssen endlich begreifen, dass ohne die vollumfängliche Nutzung der bereits vorliegenden Kompetenzen der Profession Pflege unser Gesundheitssystem nicht mehr überlebensfähig ist. Direkt in der Verantwortung sind die Länder bei der Pflegeassistenz Ausbildung. Anstatt endlich Einigkeit mit einer zweijährigen bundeseinheitlichen Ausbildung zu schaffen, werden Vertreter*innen der GMK in

eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Eckpunkten für den Entwurf eines Berufsgesetzes für eine bundeseinheitliche Pflegeassistenz Ausbildung entsandt. Das Stückwerk der Länder mit ihren 16 unterschiedlichen Ausbildungsstellen bleibt. Das ist ein Widerspruch zum eigenen Anspruch der Länder keine Zeit zu verlieren. Dringend benötigt werden Mitarbeiter*innen mit einer Pflegeassistenz Ausbildung für die seit 1. Juli 2023 mögliche Umsetzung des Personalbemessungssystems in der stationären Langzeitpflege.

An dieser Stelle haben die meisten Bundesländer versagt und lassen die Pflegeeinrichtungen allein. Der Deutsche Pflegerat hält es für absolut erforderlich, dass die GMK den Beschluss fasst, die Pflegeassistenz Ausbildung direkt dem Bund zu übertragen und damit die notwendige Einheitlichkeit der Ausbildung schnell zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Länder endlich die notwendigen schulischen Ausbildungskapazitäten schaffen. Die generalistische Pflegeausbildung zeigt, wie Erfolg geht.

Bekanntnis zu Strukturen der Selbstverwaltung notwendig

Der Deutsche Pflegerat erwartet weiter, dass sich die Länder in der Gesundheitsministerkonferenz eindeutig dazu bekennen, dass die Profession Pflege Selbstverwaltungsstrukturen benötigt. Gemeinsam müssen sich die Länder für eine bundesweite Etablierung von Pflegekammern aussprechen und deren Umsetzung vorantreiben. Ein solch kla-

res Bekenntnis wäre sinnvoll gewesen, anstatt Allgemeinplätze zu wiederholen und die Verantwortung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen fast ausschließlich an den Bund und die Arbeitgeber abzuschieben.

Keine Option: Absenken der Qualitätsvorgaben

Ausdrücklich gewarnt wird davor, dass eine vermeintliche Lösung zur Behebung des bereits heute bestehenden gravierenden Personalmangels in der Pflege darin gesucht wird, bestehende Qualitätsvorgaben abzusenken. Die von den Ländern vorgeschlagene Überprüfung der Pflegepersonaluntergrenzen im Krankenhaus darf nicht zu einem solchen Ergebnis führen. Die Patienten und Pflegebedürftigen haben ein Recht auf eine gute pflegerische Versorgung. Dieser Grundsatz muss bei allen Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen garantiert werden.

deutscher-pflegerat.de

Ausschreibung: Wahl des Vorstandes und der Delegierten

(Neuwied) Im Rahmen der Mitgliederversammlung am 05.12.2023 finden die Wahlen zum Vorstand, zur/zum 1. Vorsitzenden und der Delegierten/Ersatzdelegierten statt.

Gemäß der Satzung, § 8 Abs. (1) 5 besteht das Recht auf Kandidatur zur Vorstandswahl nach mindestens dreijähriger Verbandszugehörigkeit, zur/zum 1. Vorsitzenden nach mindestens fünfjähriger Verbandszugehörigkeit und für das Delegiertenamt nach mindestens einjähriger Verbandszugehörigkeit.

Wahlvorschläge sind bis spätestens 25.09.2023 an den Wahlausschuss zu

senden. Dabei sind folgende Angaben zu berücksichtigen:

Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Angaben über Aus- und Weiterbildung, Studium und über die gegenwärtige Tätigkeit sowie darüber, ob die/der Vorgeschlagene für das Amt der/des Vorsitzenden, ein sonstiges Vorstandsamt oder Delegiertenamt kandidiert.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich als Kandidat/in für ein Amt in unserem Verband zur Verfügung stellen oder einen Vorschlag einbringen. Dazu füllen Sie bitte das Formular auf Seite 8 aus.

Schicken oder faxen es in unsere Geschäftsstelle.

Wahlausschuss
Vorstands- und Delegiertenwahl
Deutscher Pflegeverband e.V.
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied

Bekanntgabe Mitgliederversammlung (gemäß § 10 der Satzung)
Die Mitgliederversammlung des Deutschen Pflegeverbandes e.V. findet am 05.12.2023 von 11.00 bis 15.00 Uhr in 99768 Harztor/Südharz statt.

Einladung folgt in Konkret 10/2023

Welt-Suizid-Präventionstag

(Berlin) Jedes Jahr sterben in Deutschland ungefähr 9.000 Menschen durch Suizid, das sind mehr als durch Verkehrsunfälle, Gewalttaten und illegale Drogen sterben.

Um die Öffentlichkeit auf die weitgehend verdrängte Problematik der Suizidalität aufmerksam zu machen, gibt es alljährlich den Welttag der Suizidprävention. Er wurde von der International Association for Suicide Prevention (IASP) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das erste Mal für den 10. September 2003 ausgerufen. Der 10. September gilt auch als ein Tag der Trauer und des Gedenkens an die durch Suizid Verstorbenen. Der Tag kann Menschen unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit einen Raum bieten, in dem der Erfahrung von Verlust und Trauer Ausdruck gegeben wird und diese Emotionen miteinander geteilt werden.

Stigmata und Vorurteile abbauen

Der Welt-Suizid-Präventionstag soll das Bewusstsein für die Prävention von Suizid erhöhen und dazu beitragen, Stigmata, die mit psychischen Erkrankungen verbunden sind, abzubauen. Es ist

ein Tag, an dem Menschen auf der ganzen Welt zusammenkommen, um über Suizidprävention zu sprechen und Wege zu finden, um Selbstmord zu verhindern. Die Prävention umfasst alle Maßnahmen, Hilfen und Einrichtungen zur Verhütung von Suizidgefährdung, aber auch Unterstützung in akuten suizidalen Krisen sowie die Versorgung und Behandlung nach einem Suizidversuch einschließlich der Nachbetreuung zur Verringerung der Wiederholungsgefahr. Als suizidgefährdet gelten Menschen, die wiederholt Suizidgedanken hegen, sich mit solchen Absichten tragen, suizidale Handlungen ausführen oder die vor kurzer Zeit einen Suizidversuch überlebt haben.

Suizidprävention ist ein weltweites Anliegen. 1960 wurde die „Internationale Assoziation für Suizidprävention – International Association for Suicide Prevention (IASP)“ gegründet, die Kongresse und Tagungen durchführt, Konzepte und Richtlinien zur Suizidprävention vorlegt und den weltweiten wissenschaftlichen Austausch pflegt. In Deutschland arbeitet die „Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention (DGS)“ mit den gleichen Intentionen.

Die WHO bemüht sich seit Jahren, die Suizidprävention weltweit zu fördern und bei der Einrichtung nationaler Suizidpräventionsprogramme behilflich zu sein.

Übereinstimmend werden von der WHO und anderen Präventionsprogrammen folgende Maßnahmen von politisch Verantwortlichen gefordert:

- Reduzierung des Zugangs zu Suizidmethoden
- verantwortliche Berichterstattung in Medien
- Reduzierung von Alkohol- und Substanzkonsum
- frühzeitige Kenntnis, Betreuung und Behandlung von Risikogruppen
- Training von Tätigen in Gesundheitsberufen im Aufdecken von und Umgang mit Suizidalität
- Nachsorge für Menschen mit Suizidversuchen und Organisation kommunaler Hilfen

Die Bundesregierung hat sich zur staatlichen Förderung der Suizidprävention bekannt und dafür seit 2017 erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt.

Quellen: WHO, Kleiner Kalender, Gesundheitsberichterstattung des Bundes

Aus den Bundesländern

Landesfrauenrat feiert Geburtstag

Bayern: Die Bayerische Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL, hatte geladen und alle waren gekommen. Zusammen mit 200 Gästen feierte der Bayerische Landesfrauenrat (BayLFR) am 27. Juni 2023 unter dem Motto „Der Bayerische Landesfrauenrat ist 50! – Wir wollen die Hälfte vom Kuchen“ Geburtstag im Kaisersaal der Residenz in München.

Die Bayerische Staatsministerin Ulrike Scharf betonte: „Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist der einzige Weg, der zur Einigkeit der Menschen führen kann“. Mit den Worten der französischen Philosophin Flora Tristan setzte Ulrike Scharf das Motto der Veranstaltung. „Seit 50 Jahren engagieren Sie sich für die Einigkeit der Menschen im Sinne Flora Tristans. Seien Sie stolz, dass Sie seit einem halben Jahrhundert tatkräftig vorangehen und für viele Frauen Vorbild sind. Seien Sie stolz, dass Sie Frauen ermutigen auf ihre eigenen Fähigkeiten zu vertrauen. Frauen waren schon immer Vorbilder ihrer Zeit. Haben Sie zum Beispiel gewusst, dass es eine Frau war, die im 19. Jahrhundert die Geschichte der Augustiner Brauerei maßgeblich geprägt hat? Therese Wagner und drei weitere Generationen von Frauen sind als Pionierinnen in die Geschichte des Münchner Unter-



Staatsministerin Ulrike Scharf

nehmens eingegangen. Solche Beispiele rufen uns auf: Lassen wir uns von den Erfolgsgeschichten starker Frauen ermutigen!“

lfr.bayern.de

Neue Fachgesellschaft für Altenhilfe gegründet

Hamburg: Im Juni 2023 haben sich engagierte Pflegendе und Therapeuten getroffen, um eine Fachgesellschaft für Aktivierend-rehabilitierende Altenhilfe zu gründen.

Die Fachgesellschaft setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf und ihre Bezugspersonen die erforderliche Hilfe durch die Aktivierend-rehabilitierende Altenhilfe und entsprechende Begleitung erhalten. Dieses Konzept unterstützt besonders den gesundheitsfördernden Ansatz. Sie geht über die reine Versorgung und aktivierende Pflege – unterstützt durch die Expertise und Anwendungen der Therapeuten – hinaus. Dieses Konzept soll pflege- und therapiewissenschaftlich weiter entwickelt werden inclusive zugehöriger Fort- und Weiterbildungen.

Die Fachgesellschaft und ihre Mitglieder sind Ansprechpartner für alle Belange rund um die Aktivierend-rehabilitativen Altenhilfe und schließen damit eine Lücke in der gesundheitsbezogenen Versorgungslandschaft für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Die Fachgesellschaft ist Partner für alle benachbarten Fachgesellschaften in Pflege, Therapie und Medizin.

Weitere Informationen: Fachgesellschaft FARA i.G., c/o Friedhilde Bartels, Holsteiner Chaussee 16, 22523 Hamburg, info@fara-deutschland.de

Fachbeirat Pflege tagte

Hessen: Die Sitzung des Fachbeirats Pflege am 27. Juni 2023 fand im Hessischen Ministerium für Soziales

und Integration statt. Erörtert wurden verschiedene Themen, u.a. ging es um die Krise in der Altenpflege, den Bundeszuschuss für Pflege, das Hessische Landesamt für Pflege sowie das Pflegequalifizierungszentrum.

Krise in der Altenpflege: Jede dritte Einrichtung der Seniorenhilfe sieht sich in existentiellen Nöten. Zugleich gibt es immer mehr zu betreuende alte Menschen. Der gravierende Personalmangel zwingt Seniorenheime zum Bettenabbau, heißt es bei der Diakonie Hessen, dem Spitzenverband der evangelischen Kirche für das Sozial- und Gesundheitswesen. Das sei angesichts der oft langen Wartelisten mit betagten Interessenten und der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft eine bedenkliche Entwicklung. Drei Viertel der befragten Einrichtungen mussten daher ihre Leistungen in den vergangenen sechs Monaten einschränken, um ihre Pflegequalität zu halten, wie der Wohlfahrtsverband weiter mitteilt. Weniger Betten, weniger Einnahmen – das beeinträchtigt die Liquidität.

Bundeszuschuss für Pflege: Die Bundesregierung plant im Haushalt für das kommende Jahr, den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von einer Milliarde Euro zu streichen. Grund sei, dass im Bundeshaushalt 2024 und auch in der Finanzplanung bis zum Jahr 2027 keine Mittel für einen Bundeszuschuss zur gesetzlichen Pflegeversicherung vorgesehen seien.

Hessisches Landesamt für Pflege (HLfGP): Das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege hat insbesondere die Aufgabe, die Bevölkerung vor übertragbaren Infektionskrankheiten zu schützen, einheitliche Standards im Öffentlichen Gesundheitswesen, beim medizinischen Bevölkerungsschutz und bei der Arzneimittelsicherheit sicherzustellen, die Qualifikation von Absol-

venten akademischer und nicht-akademischer Ausbildungsgänge im Gesundheitswesen zu prüfen und sicherzustellen, die obere Betreuungs- und Pflegeaufsicht wahrzunehmen und Gesundheitsdaten zu erfassen, zu verarbeiten und zur wissenschaftlichen Auswertung bereitzustellen. Die Aufgabenbereiche im einzelnen: 1. Gesundheits- und Infektionsschutz, Labore 2. Öffentlicher Gesundheitsdienst 3. Gesundheitsberufe 4. Pharmazie 5. Pflege, Aufsicht und Förderwesen 6. Datenverarbeitung in der Pflege

Pflegequalifizierungszentrum Hessen (PQZ): Angesichts des demografischen Wandels und seiner Folgen auf die Arbeitswelt ist Fachkräftesicherung eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe. Sie ist von strategischer Bedeutung und von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, speziell auch im Hinblick auf das Finden, Binden und Halten von Fachkräften. Insbesondere im Berufsfeld Pflege und Gesundheit besteht ein hoher Fachkräftebedarf und ein hessenweiter Fachkräftemangel. Neben der Ausschöpfung

inländischer Potentiale kann hier die Anwerbung internationaler Potentiale helfen. Die Dynamik bei der Anwerbung, Anerkennung sowie betrieblicher, fachlicher und sozialer Integration internationaler Pflege- und Gesundheitsfachkräfte nimmt zu, so dass mit der Landesinitiative eine Unterstützungsstruktur in Hessen aufgebaut und umgesetzt werden soll. Neben der landesweiten Unterstützung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Belegschaften und internationalen Fachkräften umfassen die Aufgaben des Zentrums die Koordination von Angeboten und Nachfragen zu Anpassungslehrgängen, Vorbereitungslehrgängen für die Eignungsprüfung und berufsbezogenem Spracherwerb, die Schaffung entsprechender Angebote und die Förderung der nachhaltigen Integration in Betrieb und Gesellschaft sowie der Bindung an Hessen.

Service-Point-Leiter des DPV e.V. in Hessen

Aktiver Landespflegerat

Saarland: Der Landespflegerat Saarland hat sich am 26.06.2023 zur Lan-

despflegeratssitzung getroffen. Die Sitzung wurde zum Anlass genommen, über die aktuelle Pflegepolitik und die Situation im Gesundheitswirtschaftsmarkt zu diskutieren. Eine nächste geplante Sitzung findet am 21.09.2023 als Präsenzsitzung statt.

lpr-saarland.de

Auftakt für Zukunftswerkstatt

Thüringen: Vertreter des Landespflegerates Thüringen e.V. nahmen an der Auftaktveranstaltung der Werkstatt „Zukunft.Gesundheit. Thüringen2030“ zum Themenschwerpunkt Thüringer Landespflegeentwicklungsplan am 04.07.2023 in Erfurt teil. Zuvor hatte Martina Röder als Vorstandsvorsitzende des Landespflegerates Thüringen e.V. ein Interview zum Thema: „Wie verstehen Sie Gesundheit und Pflege in unserer Gesellschaft?“ gegeben. Die folgende Veranstaltung als Workshop fand am 28.08.2023 als Online-Veranstaltung statt.

lpr-th.de

Jubilare Juli 2023

10 Jahre

Daniela Bleser
Britt Schultz
Patrick Schulz

20 Jahre

Brigitte Mesch

Martina Schmidt

Sabine Nagel
Birgit Juergens

30 Jahre

Gabriele Thel
Barbara Ernv-Richter

40 Jahre

Ulrich Kaiser



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

© [M] Nelos / fotolia.com

Jubilare August 2023

10 Jahre

Mansah Paul Fischer
Bianka Pinnow-Erbe

20 Jahre

Ursel Kammler

30 Jahre

Ingrid Hermsen-Henkel

40 Jahre

Monika Kissmehl
Manuela Karl

Jubilare September 2023

10 Jahre

Nadine Meisterknecht

20 Jahre

Amelia Patricio

30 Jahre

Nicole Dirks

Dagmar Lenz-Dederer

Monika Radu

Meilenstein für die Profession Pflege in Baden-Württemberg

(Stuttgart) Seitdem im Dezember 2022 und Januar 2023 auf dem Beteiligungsportal zur Pflegekammer überwiegend positive Reaktionen zum Gesetzesentwurf erschienen sind, ist der Gesetzgebungsprozess nun vollendet. Sozialminister Manne Lucha hat am 17.07.2023 15 Haupt- und 15 Ersatzmitglieder für den Gründungsausschuss ernannt.

Nachdem sich 2018 bei der Befragung zur Errichtung einer Pflegekammer 68 Prozent der teilnehmenden Pflegefachkräfte und Auszubildenden positiv geäußert haben, wurde eine entsprechende Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes vorbereitet. Nach coronabedingter Zwangspause ist die Gründung der Pflegekammer für Dezember 2024 vorgesehen. Der Gründungsausschuss

hat nun 18 Monate Zeit, die Errichtung der Pflegekammer vorzubereiten.

Die Änderung des Heilberufe-Gesetzes bildet die Basis für die Einflussnahme der beruflichen Pflege in den politischen Gremien. Hier ist der gesetzlich festgeschriebene Auftrag verankert, den öffentlichen Gesundheitsdienst bei der Erfüllung der Aufgaben zu unterstützen und Empfehlungen auszusprechen. Die Einflussnahme durch die Pflegekammer ist somit gesetzlich verankert und sorgt auf landespolitischer Ebene dafür, dass die Interessen der Profession Pflege gehört werden und eine Mitsprache erfolgt.

Der Bundesverband Pflegemanagement ist mit Mitgliedern im Gründungsausschuss stark vertreten: Peter

Bechtel hat sich als langjähriger Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Pflegemanagement bereits jahrzehntelang für die Belange der Pflege eingesetzt und auch für die Einrichtung der Pflegekammern gekämpft. Mit Peter Koch hat er einen starken Stellvertreter an seiner Seite. Gabriele Hönes und Anne-Katrin Gerhards vervollständigen den Vorstand des Gründungsausschusses mit ihren Expertisen und Kompetenzen.

Sarah Lukuc, Vorsitzende des Bundesverbandes Pflegemanagement, gratuliert allen gewählten Gründungsmitgliedern und bedankt sich für das Engagement. „Für mich ist die Ernennung des Gründungsausschusses in Baden-Württemberg ein weiterer Meilenstein für die Weiterentwicklung und Sichtbarkeit der Pflege. Durch mein eigenes Mitwirken im Errichtungsausschuss der Pflegekammer in NRW weiß ich, wie viel Arbeit dem Gründungsausschuss nun bevorsteht. Die Kammerentwicklung spielt auch für den Bundesverband eine wichtige Rolle. Gemeinsam können wir die Rahmenbedingungen in und für die Pflege verbessern und auf politischer Ebene mehr Einfluss nehmen“, so Lukuc.



© Sozialministerium Baden-Württemberg

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat die Mitglieder des Gründungsausschusses für die Landespflegekammer ernannt.

bv-pflegemanagement.de

Pflegebevollmächtigte dankt Bewohnervertretungen

(Berlin) Die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Claudia Moll hatte für den 12. Juni 2023 die Bewohnervertretungen in der Langzeitpflege zu einer Veranstaltung nach Berlin eingeladen. Mit Gesprächsführung, der Kommunikation mit demenziell erkrankten Menschen, Mobilität und Ernährung standen wichtige Themen für den Alltag in den Einrichtungen der Langzeitpflege auf der Tagesordnung.

Claudia Moll: „Eine gut funktionierende Bewohnervertretung in Pflegeeinrichtungen ist von immenser Bedeutung, denn sie schafft eine wichtige Ver-

bindung zwischen Bewohnerinnen, Bewohnern und Einrichtungsleitung. Durch die Vertretung ihrer Anliegen tragen Bewohnerbeiräte dazu bei, dass das Leben in der stationären Pflegeeinrichtung durch die Bewohnerinnen und Bewohner mitgestaltet werden kann. Die Einrichtungen werden so ein Stück mehr ein ‚Zuhause‘. Die Arbeit der Bewohnervertretungen ist fachlich wie menschlich fordernd und oft konfliktträchtig. Sie sollten daher von allen Seiten Unterstützung erfahren. Ich möchte mich deshalb bei allen Bewohnerbeiräten für ihr Engagement bedanken.“

Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Pflegeeinrichtungen können mit Hilfe der von ihnen gewählten Vertretungen ihre Lebensumstände mitgestalten. Wichtige Bereiche der Mitbestimmung sind z.B. die Verpflegungsplanung, die Freizeitgestaltung und die Hausordnung. Auch bei Entgelterhöhungen gibt es Beteiligungsmöglichkeiten. Die Einzelheiten dazu regeln Landesgesetze.

pflegebevollmaechtigte.de

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!**DPV Service-Point Baden-Württemberg**

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser
Service-Point Leiterin
Vorstandsmitglied des DPV e.V.
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin

DPV Service-Point Berlin-Brandenburg
Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Annemarie Czerwinski
Service-Point Leiterin
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Bremen/Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
dpv-servicepoint-nord@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt)

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Martina Röder
Service-Point Leiterin, Vorsitzende des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Manuela Ahmann
Service-Point Leiterin
ahmann.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Melitta Daschner
Service-Point Leiterin
daschner.servicepoint-sl@dpv-online.de

**Impressum****Herausgeber**

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen

Vorstands-, Vorsitz- und Delegiertenwahl 2023

Ich würde mich gern als Kandidatin/Kandidat für die Wahlen des Deutschen Pflegeverbandes e.V. (DPV e.V.) im Rahmen der Mitgliederversammlung am 05.12.2023 zur Verfügung stellen.

Name, Vorname: _____

DPV-Mitglieds-Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Straße: _____

Tel.-Nr.: _____

Fax: _____

E-Mail: _____

Art der Ausbildung: _____

Weiterbildungen: _____

z.Zt. tätig als: _____

Arbeitsplatz: _____

Kandidatur für: _____

Unterschrift

Ich schlage als Kandidatin/Kandidat für das Amt _____ vor:

Name, Vorname: _____

DPV-Mitglieds-Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Straße: _____

Arbeitsplatz: _____

Mein Name, Vorname: _____

Unterschrift

Zurück an: Wahlausschuss des Deutschen Pflegeverbandes e.V., bis spätestens 25.09.2023
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
PER FAX: 02631/838820
E-Mail: info@dpv-online.de